



Städte- und Gemeindebund Brandenburg, Stephensonstr. 4, 14482 Potsdam

Per E-Mail

- a) Oberbürgermeisterin und Oberbürgermeister
Bürgermeisterinnen und Bürgermeister
Amtsdirektorinnen und Amtsdirektoren
der Mitglieder im Städte- und Gemeindebund Brandenburg
b) Mitglieder des Planungs- und Bauausschusses

Der Geschäftsführer

Stephensonstraße 4
14482 Potsdam
Telefon: 03 31 / 7 43 51-0
Telefax: 03 31 / 7 43 51-33
eMail: mail@stgb-brandenburg.de
Internet: <http://www.stgb-brandenburg.de>
Datum: 2008-12-18
Aktenzeichen: 606-01
Auskunft erteilt: Jens Graf

Bundestag berät über künftige integrierte Stadtentwicklungspolitik

Sehr geehrte Damen und Herren,

für den Ausbau und die Verstärkung der integrierten Stadtentwicklung setzen sich die Koalitionsfraktionen von CDU/CSU und SPD im Deutschen Bundestag ein. In einem gemeinsamen Antrag (Drucksache [16/11414](#) werden von den Koalitionsfraktionen die künftigen Handlungsschwerpunkte der Stadtentwicklungspolitik des Bundes für die Initiative Nationale Stadtentwicklungspolitik, Klimagerechte Stadt und das Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Soziale Stadt“ formuliert. So wird die Bundesregierung aufgefordert, die Nationale Stadtentwicklungspolitik in enger Abstimmung mit den Partnern in den Ländern und Kommunen weiter zu entwickeln sowie eine andauernde inhaltliche Auseinandersetzung mit den Herausforderungen und Chancen zukünftiger Stadtentwicklung sicherzustellen. In diesem Rahmen soll die Städtebauförderung inhaltlich als „gute Praxis“ der Nationalen Stadtentwicklungspolitik problembezogen weiter ausgebaut werden. Weiter soll die Regierung sicherstellen, dass sich der Einsatz der Finanzhilfen des Bundes primär an den Problemen vor Ort und an bundespolitischen Zielen orientiert, um den neuen städtebaulichen Herausforderungen im Zeichen einer nachhaltigen Stadt- und Regionalentwicklung gerecht zu werden. Schließlich fordern die Koalitionsfraktionen die Regierung auf, gemeinsam mit Ländern und Kommunen dem ermittelten dringenden Investitionsbedarf in den Städten und Gemeinden gerecht zu werden.

Wegen der weiteren Einzelheiten wird auf den vollständigen Antrag verwiesen, der über folgende Adresse aufgerufen werden kann: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/114/1611414.pdf>. Nach einer Mitteilung des Deutschen Bundestages wird der Antrag heute im Plenum beraten.

Mit freundlichen Grüßen

Böttcher